



Bonner AStA gegen Extremisten



Es gibt auch erfreuliche Nachrichten: Der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) der Universität Bonn (*Foto*) lässt sich, anders als ASten anderer Städte – besonders seien hier Köln, Bochum und Berlin erwähnt – nicht zum Handlanger linksextremistischer Gewalttäter machen. Hier versteht man sich noch als Interessenvertreter aller studierwilligen Studenten, die die Arbeit des Gremiums mit Zwangsgebühren finanzieren müssen.

Wenn in dieser Woche bundesweit linksextreme Verfassungsfeinde mit teils gewalttätigen Aktionen die Freiheit von Lehre und Forschung in Deutschland im Rahmen eines sogenannten „Bildungsstreiks“ angreifen, wird der AStA der Bonner Universität – leider eine Ausnahme in der deutschen Hochschullandschaft – sich nicht beteiligen. Denn die Bonner Studentenvertreter wollen nichts mit den von Linkspartei, Grünen und Gewerkschaften angezettelten und gesteuerten Krawallen zu tun haben.

In Bonn hat man gute Erfahrungen damit gemacht, anstehende

Probleme im kollegialen und demokratischen Diskurs mit Professoren und Verwaltung einvernehmlich zu lösen. Ganz ohne Krawalle und zum Wohle besonders derjenigen Studenten, die es sich nicht leisten können, jahrelang auf nutzlose Abschlüsse zu studieren und Mitstudenten und Steuerzahlern auf der Tasche zu liegen, während man sich selbst dem Kampf gegen Rechts und der Zerstörung der Wohlstandsgesellschaft widmet, die all das erst ermöglicht hat. In einer öffentlichen Stellungnahme bemerkt der Bonner AStA zu den anstehenden Aktionen linker Störer in der kommenden Woche:

Für die nächste Woche plant die SSKBJB in Bonn Aktionen im Rahmen eines bundesweiten Bildungsstreiks, der im ganzen Land Schüler und Studenten auf die Straße bringen soll. Und gleichzeitig hinter einen diffusen Forderungskatalog – von kleineren Klassen bis hin zur Enteignung von Banken ist alles dabei.

Der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Bonn distanziert sich von diesem Politikansatz. Eine „Einheitsfront“ zu bilden mit vom Verfassungsschutz beobachteten Extremisten ist für die ehrenamtlichen Studierendenvertreter unvorstellbar. Der bewusste Verzicht auf eine Abgrenzung gegenüber Gewalt und Gewalttätern diskreditiert jeden inhaltlichen Ansatz. Außerdem ist ein Streik in Sachen Bildung keine zielfördernde Form der Auseinandersetzung.

„Ja, es gibt Schwächen in der Bildungspolitik“, stellt der Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses Wolfgang Schoop fest, „die Auseinandersetzung damit ist berechtigt. Allerdings muss sie konstruktiv, demokratisch und gewaltlos sein.“

Mitveranstalter des Bildungsstreiks sind neben Organisationen des demokratischen Spektrums auch die „Sozialistische Alternative“, die „Rote Antifa“, das „Revolutionär Sozialistische Forum“ und die „Sozialistische Deutsche

Arbeiterjugend“, die genau wie die NPD vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Schoop weiter: „Wer linke Chaoten, die nur auf Krawall aus sind, mit ins Boot holt und zu Partnern macht, diskreditiert jeden inhaltlichen Ansatz.“ Beim Streik im letzten Jahr war es unter anderem zu der Verwüstung einer Ausstellung jüdischer NS-Opfer an der Humboldt-Universität gekommen.

Auch ob ein Streik wirklich eine angemessene Form der Auseinandersetzung ist, wird im Allgemeinen Studierendenausschuss diskutiert: „Statt zu streiken, sollte man lieber konstruktive Gespräche mit Hochschulleitung und Politik suchen. Der AStA ist da in den letzten Wochen auf offene Ohren gestoßen. Das gerade erst ins Amt gekommene Rektorat ist eindeutig Partner bei der Gestaltung einer exzellenten Lehre und nicht Gegner“, Schoop weiter.

„Die inhaltliche Auseinandersetzung muss man allerdings ernst nehmen“, meint Schoop zum Abschluss, „Wir laden jeden ein, sich in die Fachschaften, die akademischen Gremien und den AStA einzubringen und mitzudiskutieren. Konstruktiv, demokratisch und gewaltfrei. Das bedeutet viel Arbeit, aber es bringt um ein Vielfaches mehr als ein Streik gemeinsam mit dubiosen Linksaußen-Gruppen.“

Das kann man nur unterschreiben. Vor allem: Ein verstärktes hochschulpolitisches Engagement der großen Mehrheit der lernwilligen Studenten würde dem Missbrauch der Studentenvertretung durch linksextremistische Feinde der Freiheit – nicht nur in Forschung und Lehre – einen Riegel vorschieben. Deren Minderheitsmacht basiert nämlich nur auf dem Desinteresse und der Wahlenthaltung der großen Mehrheit der Studierenden. Bleibt zu hoffen, dass wenigstens in der ehemaligen Bundeshauptstadt die Studenten in der kommenden Woche linken Störenfrieden nachdrücklich die Türe weisen.

» info@asta.uni-bonn.de